



Schnelles Internet

Was Parteien versprechen und wieso die Piraten zurückhaltend sind. Seite 7

Arm, aber sexy

Kurt Starke über den Untergang der FKK-Kultur der DDR. Seite 17

Ätzende Teenies

Zwei Mädchen prollen sich ins Erwachsenenleben. Seite 15

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Foto: Constantin Film Verleih



Donnerstag, 17. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 191

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Die üblichen Verdächtigen

Simon Poelchau hofft für die Beschäftigten von Air Berlin

Knapp 8600 Beschäftigte hat die insolvente Fluglinie Air Berlin noch. Das sind 8600 Menschen, die nun um ihre Jobs, ihre Existenz bangen müssen. Dabei ist offenkundig, dass sie keine Schuld an der Pleite der zweitgrößten Fluggesellschaft Deutschlands haben.

Dass ein Investor wie die arabische Etihad Airways nach Jahren des Verlustes irgendwann kein Geld mehr in das marode Unternehmen pumpen will und nun die Reißleine zieht, ist im Kapitalismus leider ganz normal. An die Wand gefahren wurde Air Berlin schon früher – von Managern wie Hartmut Mehldorn und Joachim Hunold, die großwahnwitzige statt nachhaltige Pläne für die Fluglinie hatten. Hinzu kam das fatale Hoffen auf eine rechtzeitige Fertigstellung der Dauerbaustelle BER, den Air Berlin einst zum Drehkreuz für seine Maschinen machen wollte.

So ist wie bei jeder anderen Insolvenz auch bei dem Trauerspiel um Air Berlin die Rollenverteilung unter den üblichen verdächtigen Charaktermasken die übliche. Auf der einen Seite gibt es die Manager, die alles in den Sand gesetzt haben, aber angesichts ihrer dicken Gehälter höchstens ein paar Krokodilstränen vergießen müssen. Auf der anderen Seite sind die Beschäftigten, die erst mal nicht wissen, wie es weiter geht. Man kann nur hoffen, dass sich für sie doch noch alles zum Guten wendet. Und für die Manager, dass sie mal die Konsequenzen ihres Handelns zu spüren bekommen.

Der Wahlkampf hebt ab

Alle wollen Air Berlin retten / Konkurrent Ryanair beschwert sich / Brüssel prüft



Fotos: imago/CTK Photo, dpa/Kay Nietfeld, imago/photothek, imago/CommonLens

Berlin. Nach der Air-Berlin-Pleite stehen natürlich alle Parteien auf der Seite der Beschäftigten. Die SPD etwa, die auf Twitter sogar versprach: »Wir holen die Urlauber zurück.« Was zu der Frage führte, ob das etwa mit dem Schulzug geschieht. Angela Merkel verteidigte den Übergangskredit für Air Berlin – mit dem Argument, es wäre »nicht angemessen«, wenn Zehntausende auf Flughäfen stranden würden. Die Stützung war in der Bundesre-

gierung vereinbart worden, die Koordination lag im Wirtschaftsministerium. Die FDP von Christian Lindner hätte dies lieber vermieden und warnt nun, der Kredit dürfe »nicht der Beginn einer dauerhaften Finanzierung durch die Steuerzahler sein.«

Konkurrent Ryanair sprach derweil von einem »Komplott« zwischen Bundesregierung, Air Berlin und dem Interessenten Lufthansa – die irische Firma ist selbst an Teilen von Air

Berlin interessiert. Der Bund wies kartellrechtliche Bedenken zurück, Brüssel wird sich mit dem Fall befassen.

Was die 8600 Beschäftigten angeht, fordert auch die Linkspartei, diese nicht im Regen stehen zu lassen. Mit Übergangskrediten allein sei es nicht getan, man verlangt »eine Abkehr vom neoliberalen Luftverkehrswachstumsmodell«. Dieses gefährde nicht nur Jobs, sondern auch die Umwelt. *tos* **Seiten 2 und 3**

UNTEN LINKS

Wohin sinkt ein Land ohne Vorbilder herab? Fragen Sie doch mal Ihre Freunde in den USA. Uns Deutschen kann so ein Trump nicht passieren, denn wir haben Günther Jauch, das GröLeV – und das sorgt für Orientierung und Halt. Ach, sagen wir es rundheraus: Ohne das »größte lebende Vorbild der Deutschen«, das die Fachzeitschrift für nationale Tugendhaftigkeit »Hörzu« in Abständen bestimmen lässt, wäre dieses Land nur eine Art Somalia mit Autobahn. Apropos: Wer jetzt an den GröFaZ denkt, ist schon sehr alt, liegt aber nicht falsch. Denn das GröLeV ist ein Bollwerk gegen solche Betriebsunfälle. Konnte ja damals keiner ahnen, dass ... Aber wo Jauch das größte lebende Vorbild ist, droht kein neuer Führer, sondern höchstens ein Publikumsjoker. Ohnehin stehen wir eher auf Monarchie. Deshalb steht ja auch Königin Silvia von Schweden in den GröLeV-Top-Ten. Dass die Frau eigentlich Renate Sommerlath heißt – das hätte zumindest Günther Jauch gewusst. Was für ein Vorbild! *tos*

»Jede erhältliche Information über Besucher«

Die US-Regierung verlangt Herausgabe aller IP-Adressen der Besucher einer Anti-Trump-Homepage

Die Trump-Administration will wissen, wer die Trump-kritische Webseite www.disruptj20.org besucht hat. Nun geht der Streit vor Gericht.

Von Moritz Wichmann

1,3 Millionen IP-Adressen von Besuchern einer Trump-kritischen Website soll der Internetprovider Dreamhost an die Ermittler des US-Justizministeriums übergeben. So will es ein Durchsuchungsbefehl des Ministeriums. Man benötige »jede erhältliche Information über die Betreiber und – noch wichtiger – über alle Besucher« der Homepage www.disruptj20.org, heißt es in dem Schreiben der US-Regierung. Die Seite sei zur »Planung von gewaltsamem Krawall« genutzt worden.

Die bei Dreamhost gespeicherte Seite hatte Proteste zur Amtseinführung von US-Präsident Trump am 20. Januar koordiniert. Landesweit hatten Menschen am Tag der Amtseinführung protestiert. Auch in der Hauptstadt kamen Tausende zusammen, sie protestierten überwiegend friedlich. Doch in der Innenstadt von Washington DC wurden dabei auch Schaufenster von Geschäften beschädigt, laut

Angaben des Justizministeriums entstand ein Schaden von 100 000 US-Dollar. Ende Januar war der Provider bereits einer anderen Aufforderung nachgekommen und leitete Informationen über die Betreiber der Seite weiter.

Doch die erneute Anfrage von Ende Juli gehe zu weit; sie »bedrohe die Meinungs- und Versammlungsfreiheit« und sei damit verfassungswidrig, sagt Chris Ghazarian. Deswegen hat der Leiter der Rechtsabteilung von Dreamhost entschieden, die Anfrage, die Daten von 1,3 Millionen Besuchern betreffen würde, abzulehnen. In vielen Fällen kooperiert der Provider mit Ermittlern, doch offenbar häufen sich Anfragen, die aus Sicht der Internetfirma zu umfangreich sind. »Sie wären geschockt zu sehen, wie oft wir juristisch gegen Durchsuchungsbefehle vorgehen müssen«, erklärt die Firma in einer Mitteilung. Mit den IP-Adressen könnte die Identität auch von friedlichen Gegendemonstranten ermittelt werden, befürchtet Dreamhost.

Ziel der Ermittler sei offenbar »eine möglichst breite digitale Schleierfahndung«, erklärte die Electronic Frontier Foundation. Die Internetbürgerrechtler der

Stiftung gehen zusammen mit Dreamhost gegen die Anordnung vor. Dreamhost habe »das Richtige« getan und »setze sich für seine Nutzer ein«.

Wie aus dem 60-seitigen Einspruch von Dreamhost hervorgeht, gab der Provider dem Justizministerium noch die Gelegen-

»Sie wären geschockt zu sehen, wie oft wir juristisch gegen Anfragen vorgehen müssen.«

Internetprovider Dreamhost

heit, die Anfrage einzuschränken. Weil die Ermittler aber auf ihrer umfangreichen Anfrage bestanden, wird nun ein Gericht entscheiden müssen. Eine für Freitag geplante Anhörung wurde aber verschoben. Als ehemaliger Provideranwalt wisse er nur von »wenigen so breiten Anfragen«, erklärte Albert Gidari von der Stanford University dem Nachrichtenportal »Snopes«. Diese seien von Gerichten später eingeschränkt worden. Auch die Ma-

cher von disruptj20.org haben sich mittlerweile zu Wort gemeldet: »Sie sind wütend über die Dreamhost-Vorladung? Sie wollen Bürgerrechte verteidigen? Dann spenden Sie für die Angeklagten der Proteste, denen mehr als 80 Jahre Gefängnis drohen.«

Bei den Protesten waren 234 Demonstranten von der Polizei in einem »Kessel« umstellt und festgenommen worden. 197 Beschuldigte stehen wegen »aufständischem Verhalten« vor Gericht, das Mammutverfahren beginnt im November. Dabei wird den Verteidigern zufolge eine Art »Gruppenhaftung« verfolgt. Die Angeklagten hätten sich nach Beginn der Ausschreitungen nicht entfernt und seien deswegen laut Regierung »schuldig«, unabhängig von konkreten Straftaten, so die Anwälte der Gruppe »Defend J21«. Die sieht die Anklagen als Angriff auf zunehmenden Widerstand im Land. Die Bürgerrechtsorganisation ACLU geht gleichzeitig mit einer eigenen Klage gegen die Polizei in DC vor, wegen übermäßig harter Verhaftungen. Sie hat dokumentiert, dass dieses Jahr in 19 US-Bundesstaaten Gesetzesvorlagen zur Verschärfung des Demonstrationsrechts eingebracht wurden. *Seite 4 und 7*

Britische Regierung legt Brexit-Plan vor

Zollunion soll weiter bestehen und Grenze zu Irland offen bleiben

Berlin. Die britische Regierung will auch nach dem EU-Austritt eine befestigte Grenze zwischen Irland und Nordirland verhindern. Eine Rückkehr zu Grenzposten sei »inakzeptabel«, teilte das Brexit-Ministerium in der Nacht zum Mittwoch mit. Stattdessen solle ein neues Zollabkommen mit der EU so ausgestaltet werden, dass Grenzposten nicht notwendig seien. Bereits am Dienstag hatte Großbritannien eine »temporäre Zollunion« nach dem Austritt aus der EU vorgeschlagen. In der Übergangszeit, die etwa zwei Jahre betragen soll, will London demnach die Handelsbeziehungen weltweit neu regeln. London will die Grenzregelung auf der irischen Insel mit der Frage der künftigen Handelsbeziehungen zur EU verknüpfen.

Die Vorschläge stießen in Brüssel auf Skepsis. Die EU-Kommission erklärte am Dienstag, sie nehme die Positionspapiere »zur Kenntnis«. Sie verwies aber darauf, dass aus ihrer Sicht die »Scheidungsthemen« Vorrang vor Regelungen für die Zeit nach dem Brexit hätten. *AFP/nd* **Seiten 4 und 5**

Türkei fordert Auslieferung

Mutmaßlicher Putsch-Wortführer angeblich in Deutschland

Istanbul. Die Türkei hat nach eigenen Angaben die Auslieferung eines mutmaßlichen Wortführers des Putschversuchs verlangt, der sich angeblich in Deutschland aufhalten soll. Falls der Verdächtige Adil Ö. in der Bundesrepublik sei, wolle man seine sofortige Verhaftung und Auslieferung, sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu am Mittwoch dem Staatssender TRT. Man habe der Bundesrepublik dazu eine offizielle »Note« übermittelt. Die Türkei reagierte damit auf Medienberichte der vergangenen Tage, wonach sich Adil Ö. in Deutschland aufhalten soll. Ö. wurde kurz nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli 2016 in der Türkei festgenommen, aber nach seiner Aussage wieder freigelassen. Seitdem ist er auf der Flucht. Die Frage, ob sich Ö. derzeit tatsächlich in Deutschland befindet, konnte ein Sprecher des Auswärtigen Amts am Mittwoch nicht beantworten.

In einem Mammutprozess in der Hauptstadt Ankara gegen rund 500 Angeklagte, wird Ö. zurzeit in Abwesenheit der Prozess gemacht. *dpa/nd*

Gericht schränkt Sozialdumping ein

Urteil über Abgaben von EU-Bürgern, die in Deutschland arbeiten

Kassel. Für dauerhafte nach Deutschland entsandte Beschäftigte von Unternehmen aus dem EU-Ausland werden in der Regel deutsche Sozialabgaben fällig. Eine Ausnahme können sie nur bei einem »überragenden Arbeitnehmerinteresse« verlangen, wie am Mittwoch das Bundessozialgericht in Kassel entschied. Ob eine Ausnahme vorliegt, unterliegt danach der gerichtlichen Kontrolle.

Nach EU-Recht ist zunächst der Sitz des Unternehmens, bei dem die Menschen angestellt sind, für die Sozialversicherung entscheidend. Anderes gilt allerdings, wenn Beschäftigte für voraussichtlich mehr als 24 Monate in einen anderen EU-Staat entsandt werden. Dann gelten die Sozialversicherungsvorschriften des Ziellandes. Beide betroffenen Länder können eine Ausnahme vereinbaren. Im konkreten Fall hatte die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland einem Bauunternehmen aus Polen eine solche Ausnahmevereinbarung verweigert. Dagegen klagte das Unternehmen, vergeblich. *AFP/nd*

ISSN 0323-3375

